

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

22. Mai 1968 - 41 / 11
Einzelpreis DM 0,75

=====

HEUTE AUF SEITE 6: AUSZÜGE AUS PROTOKOLLEN DES SPD-LANDESAUSSCHUSSES

=====

NPD WESTBERLIN: NACHFOLGE-ORGANISATION FÜR SS GEGRÜNDET

Der Aufbau von "Ordnungsgruppen" der NPD ist abgeschlossen. Die Nachfolgeorganisation der SS ("Schutzstaffel") in Westberlin besteht aus den vier Gruppen Süd, West, Mitte und Nord, in denen jeweils Mitglieder von drei Kreisverbänden der NPD zusammengefaßt worden sind. Bis zum 1. Juni soll mit allen Mitgliedern der "Ordnungsgruppen" mit der Schulung begonnen werden. Ziel der Organisatoren: Für die Kundgebungen im Sommer 1968 "volle Einsatzbereitschaft herstellen". Innerhalb der NPD wurde in diesem Zusammenhang ausdrücklich bedauert, daß die "Ordnungsgruppen", deren Bildung nach Rücksprache mit dem Innensenat gebilligt worden ist, auf Grund der Westberliner Gesetze nicht uniformiert werden können. Das Geld dafür "wäre vorhanden gewesen".

BUNDESTAGSWAHL: ERSTE VORAUSSCHÄTZUNGEN

Nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg errechneten Meinungsforscher für die Bundesregierung vertraulich eine erste "Hochrechnung" für die Bundestagswahl, die überraschende Ergebnisse, nicht nur für die SPD, sondern auch für die CDU, hatte. Die Prognose: CDU/CSU 39 Prozent, SPD 30 Prozent, FDP 13 Prozent, NPD 11 Prozent, Demokratische Linke oder sonstige Linkspartei 4 Prozent, sonstige 3 Prozent. Eine "kleine Koalition", also eine Wiederauflage von CDU-FDP-Bündnis, wäre danach zwar möglich, aber nur mit einer sehr kleinen Mehrheit von 20 Sitzen. Eine SPD-FDP-Regierung wäre ohne Mehrheit. Die große Koalition müßte also fortgesetzt werden. Voraussetzung für dieses Resultat ist nach Meinung des Forschungsinstituts eine Fortsetzung der Großen Koalition und ein Ausbleiben "dramatischer" innen- oder außenpolitischer Entwicklungen.

CDU WESTBERLIN: VORLÄUFIG OHNE LUST AUF SPD-KOALITION

Die Westberliner CDU zeigt derzeit kaum eine Neigung, der SPD durch das Eingehen einer Großen Koalition aus der Klemme zu helfen. Das ergaben ausführliche Diskussionen in der Westberliner CDU-Führung. Sie waren ausgelöst worden durch eine, offenbar gezielte, Bemerkung des noch bis zum Wochenende amtierenden SPD-Vorsitzenden Mattick in der Weddinger Kreisdelegiertenkonferenz, wonach die Senatspolitik jetzt auf eine "Basis breiter Verantwortung" gestellt werden müßte. Wohlrabe, Vorsitzender der Jungen Union, hatte, ebenfalls in der Öffentlichkeit, erklärt, der CDU werde in Kürze die Frage "des Mitregierens in Berlin" vorgelegt werden. Das Ergebnis der CDU-Diskussion: Man wolle bis zu den nächsten Wahlen, 1971, warten.

VERFASSUNGSSCHUTZ-BERICHT: ALLIANZ DES SCHWEIGENS IN DER PRESSE

Der von EXTRA-Dienst in der letzten Nummer im Wortlaut dokumentierte Bericht des Westberliner Landesamtes für Verfassungsschutz über die Tätigkeit des SDS und des RC war für die amerikanische Nachrichtenagentur Associated Press Anlaß für eine längere Meldung von 35 Zeilen, die schon am Freitagabend um 22. 40 Uhr über die Fernschreiber der Westberliner und westdeutschen Zeitungs-, Rundfunk- und Fernsehstationen lief. Dennoch nahm keine einzige Westberliner Zeitung davon Notiz, auch die westdeutsche Presse verschwiegen den Bericht fast ausnahmslos. Von den überregionalen Zeitungen übernahm lediglich die "Süddeutsche Zeitung" den AP-Bericht. Die Agentur hatte Senatssprecher Peter Herz um eine Stellungnahme gebeten. Herz hatte erklärt, daß er "herausgefunden habe, daß es sich um reine Erfindungen handele". AP veröffentlichte dazu auch die Gegendarstellung des EXTRA-Dienstes, daß sich eine Fotokopie des Dokuments in der Redaktion befände. Die Echtheit des Dokuments sei unzweifelhaft. Um die Allianz des Schweigens in der Westberliner Presse zu durchbrechen, ist EXTRA-Dienst bereit, das Dokument den Redaktionen des "Tagesspiegel", des "Abend" und des "Telegraf" zur Überprüfung zur Verfügung zu stellen.

RIAS-REPORTER: ALS VERFASSUNGSSCHUTZ-HILFE REKRUTIERT

Der Westberliner Verfassungsschutz ist offenbar weder technisch noch personell in der Lage, die "erhöhte Überwachung" der APO durchzuführen. Als Hilfstruppen wurden daher jetzt Rundfunkreporter des RIAS rekrutiert. Sie wurden von der Staatsanwaltschaft vorgeladen und sollten über Veranstaltungen berichten, an denen sie in beruflicher Eigenschaft teilnahmen. Sie wurden aufgefordert, Mitschnitte von Versammlungen der APO vorzulegen. Vor allem ging es dabei um Reden, die Horst Mahler und Wolfgang Lefèvre gehalten haben.

ZWECKPROPAGANDA: GRENZBEFESTIGUNGEN DER CSSR BLEIBEN

Berichte westdeutscher und Westberliner Zeitungen, daß die Grenzbefestigungsanlagen zwischen der CSSR und der Bundesrepublik nach dem Regierungswechsel in Prag abgebaut werden, haben sich als Zweckmeldungen erwiesen. Der Abbau einiger Hindernisse hatte lediglich technische Gründe: sie wurden modernisiert oder, wo sie sich zu weit im Hinterland befanden, grenznäher errichtet.

NPD: STEIGERUNGSRATEN IN ACHT WAHLEN

Eine Gegenüberstellung der Bundestagswahlergebnisse der NPD von 1965 mit den folgenden Landtagswahlen zeigt, daß die NPD von Monat zu Monat gewachsen ist. Die Steigerungsraten der NPD bei den Landtagswahlen gegenüber den Bundestagswahlen ergeben: Hamburg 117 Prozent; Schleswig-Holstein 142 Prozent; Bayern 174 Prozent; Rheinland-Pfalz 176 Prozent; Niedersachsen 180 Prozent; Hessen 216 Prozent; Bremen 226 Prozent; Baden-Württemberg 348 Prozent.

FDP WESTBERLIN: GESETZESINITIATIVE FÜR "BEAMTEN-FREIHEIT"

Der "Fall Gottschalch" - gegen den PH-Professor wurde wegen Äußerungen bei Veranstaltungen der APO ein Disziplinarverfahren eingeleitet - hat den Westberliner Landesvorstand der FDP veranlaßt, die FDP-Fraktion mit der Einbringung einer Gesetzesinitiative zu beauftragen. Eine Änderung der Landesdisziplinarordnung soll sicherstellen, daß Beamte bei der Wahrnehmung ihrer staatsbürgerlichen Rechte in der Öffentlichkeit außerhalb ihres Amtsbereichs nicht länger Pressionen ausgesetzt werden können.

INSTITUTS-BESETZUNG AN DER FU: NEUBAUER IST OHNMÄCHTIG

Die Besetzung des Ostasiatischen Seminars an der FU, in einer Vollversammlung der Philosophischen Fakultät am Montag beschlossen, wird auf unbegrenzte Zeit fortgesetzt. Etwa 50 Studenten halten im Schichtwechsel Tag und Nacht die Stellung. Polizei-Senator Neubauer, der auf eine solche Situation seit Wochen gewartet hatte, um eine große Polizeiaktion gegen die "Terror-Studenten" zu starten, mußte sich dennoch zurückhalten: Der umstrittene Ordinarius für Japanologie, Prof. Eckardt, der sich selbst als "Juden-

feind" bezeichnet, ist sogar für Springers "BZ" ein Mann, der "nichts mehr an der FU verloren hat". Die "BZ" - zur Zeit ohnehin wieder, wie nach dem 2. Juni, auf weicher Welle - bewundert die Studenten für "ihre Geduld, mit der sie das Unerträgliche bis gestern ertragen haben". Die Studentensprecher der Philosophischen Fakultät hatten für "Meister Eckardt" schon ein Rücktrittsgesuch vorbereitet, "da ich der Ansicht bin, daß meine Neigung zu antisemitischen Äußerungen, zum exzessiven Genuß alkoholischer Getränke, (...) zur Heranbildung von willenslosen Kretins durch Pression oder durch Begünstigung im Amt und zur durch meine fachliche Inkompetenz bedingten Faulheit Anlaß zur Klage, wenn nicht gar zu direkten Aktionen gegen mich sein werden." Bisher habe Prof. Eckardt diese Erklärung noch nicht unterzeichnet, teilt die Studentenvertretung ironisch mit.

SPD WILMERSDORF: JUNGSOZIALISTEN AUSGESPERRT

Der rechte Kreisverband Wilmersdorf hat den Jungsozialisten des Kreises den Zugang zur Kartei verwehrt, um dem neugewählten Juso-Vorstand Rundschreiben unmöglich zu machen. Die Wilmersdorfer Jusos wählten einen neuen, linken Vorstand. Er wurde vom Kreisvorstand der SPD nicht bestätigt. Eine Stellungnahme der Jusos in der SPD-Zeitung "Berliner Stimme" wurde verstümmelt, dafür eine ausführliche Polemik des parteiamtlichen Jugendsekretärs abgedruckt. Die Jungsozialisten wollen jetzt ihre Arbeit neu organisieren. Am 28. Mai, 19.30 Uhr, werden sie darüber im RPJ-Heim, Kurfürstendamm 96, beraten.

NPD WESTBERLIN: NÄCHSTE VERANSTALTUNG AM 17. JUNI

Nachdem die NPD-Veranstaltung am 18. Mai in der Landesbildstelle geplatzt ist, bereitet sich die Partei auf ihren nächsten großen Auftritt vor: In der Ostpreußenhalle am Westberliner Funkturm wird die NPD am 17. Juni eine Großveranstaltung durchführen. Bundesvorsitzender von Thadden wird das Hauptreferat halten. Die technischen Einzelheiten der Veranstaltung seien, so ist aus der NPD zu hören, "mit den zuständigen Stellen des Senats abgestimmt. Herr Schütz hat ausdrücklich zugestimmt, daß die Veranstaltung in der Ostpreußenhalle stattfinden kann."

NS-VERFOLGTE: ERSTE KONTAKTE MIT DER APO

Auf Initiative des Bezirksvorstandes Steglitz hat der Bund der Verfolgten des Naziregimes (BVN) erste Kontakte mit dem Jüdischen Arbeitskreis für Politik, der zur Außerparlamentarischen Opposition gehört, aufgenommen. Mitglieder des Arbeitskreises nahmen an der Delegiertenversammlung am letzten Wochenende im Jüdischen Gemeindehaus teil, auf der der SPD-Abgeordnete Zehden ein Referat mit dem Titel "Der Feind steht rechts" hielt. Die NS-Verfolgten beschloßen, Aktionen des Arbeitskreises, die sich gegen Neonazismus und Faschismus richten, in jeder Hinsicht zu unterstützen. Für den 29. Mai ist in Steglitz, Restaurant Burghof, Hauptstraße 85, ein weiteres Treffen vereinbart, bei dem Dr. Rehfeld vom BVN-Vorstand mit den Mitgliedern des Arbeitskreises diskutieren wird. Die Verfolgten des Naziregimes müssen ihre Einstellung zur Jugend grundlegend ändern, wird im BVN-Vorstand betont, denn die unruhige Jugend sei die letzte Chance für die Verfolgten. Besonders die rassistisch Verfolgten müßten ihr "Nur-Wiedergutmachungsdenken" aufgeben und sich wieder zu einer starken, politischen Kampforganisation aller Verfolgten bekennen.

SPRINGER-KONZERN: VERLETZTER DEMONSTRANT SELBER SCHULD

Das Verlagshaus Axel Springer hat die Schadensersatzforderungen des 26jährigen Dietmar Schmidt abgelehnt. Schmidt war bei den Demonstrationen in Hamburg gegen den Springer-Konzern an Ostern von einem Zeitungswagen des Konzerns angefahren worden; er hatte einen Lungenriß und zahlreiche Rippenbrüche davongetragen. Der Verletzte trage die alleinige Schuld, erklärte das Verlagshaus, das sich im übrigen vorbehalten hat, alle gegen das Haus im Zusammenhang mit den Demonstrationen gerichteten Schadensersatzforderungen selbst zu bearbeiten und nicht die Versicherungen damit zu beauftragen. - Gegen den Fahrer des Springer-Autos, Dusold, wurde Strafanzeige wegen vorsätzlicher gefährlicher Körperverletzung gestellt.

AUS ANLASS DES ERSTEN GEBURTSTAGES

Kurt Mattick, Noch-SPD-Chef in Westberlin, war sauer. So ist es auf Seite 28 eines Intern-Protokolls über eine Landesvorstandssitzung vom 16. April zu lesen (siehe Dokumentation): "In seinen Schlußbemerkungen stellt Kurt Mattick fest, daß am Sonnabend der Landesausschuß und Fraktionsvorstand tagte, nur zwei Feiertage dazwischen lagen und heute bereits ein ausführlicher Bericht über diese Sitzung im EXTRA-Dienst ist."

Wir würden dieses zweifellos nicht für unsere Ohren bestimmte Kompliment nicht erwähnen, wäre nicht ein besonderer Anlaß, sich über Blumen zu freuen: EXTRA-Dienst feierte am 20. Mai Geburtstag, den ersten. Befangen in bürgerlichen, fast schon dschugaschwilistischen Konventionen (tatsächlich meinen ja einige Genossen, wir zehren von den geistigen Alimenter Väterchen Stalins), riskierten wir an diesem Tag ein gerührtes Auge in unser Archiv: 104 Nummern mit Hinter- und Untergrund-Material sind es bis jetzt. Spitzenmeldung in Nummer 1: "Passierscheine: Albertz-Brief an Abusch liegt in Bonn". Eine Exklusiv-Meldung, die damals einigen Wirbel machte. Daß sie Wort für Wort stimmte, wurde erst später zugegeben. Doch die mißtrauische Frage "Woher wollen die das denn wissen?" haben wir seitdem immer wieder gehört. So beispielsweise als wir schon am 14. Juni berichteten, daß ein Brandt-Intimus namens Klaus Schütz von Bonn aus als Regierender Bürgermeister nach Westberlin in Marsch gesetzt werden soll. Damals allerdings zierte sich Schütz noch. Im August stand die Sache für uns so gut wie fest: Entweder der von Helmut Schmidt lancierte Horst Ehmke oder der von Willy Brandt unterstützte Schütz würden ins Rathaus Schöneberg einziehen, wo zu dieser Zeit noch Heinrich Albertz scheinbar unangefochten regierte.

Um beim Beispiel Schütz zu bleiben: Als seine Amtsübernahme Anfang Oktober dann schließlich auch für die Ungläubigen feststand, berichtete EXTRA-Dienst über die politischen Nahziele des Noch-Nicht-Regierenden-Klaus: "Es wird keine Passierscheinverhandlungen zu Weihnachten geben." Und: "Die alte Taktik gegenüber Studenten." Ende November: "SPD-Westberlin: Schütz 1968 Landesvorsitzender?" Und am 16. April dieses Jahres, als Mattick über die Informiertheit des EXTRA-Dienstes klagte: "SPD-Landesausschuß: Schütz am Ende seiner Kraft". Hintergrund-Informationen, von manchem für unseriöse Gerüchte gehalten, weil wir nur selten unsere Quellen und Informanten nennen können, die sich meist erst Monate später als "frische Aktualitäten" in den Schlagzeilen der Zeitungen wiederfanden.

Tatsächlich scheuen wir uns als Nachrichtendienst nicht, auch Gerüchte mit hohem Wahrscheinlichkeitsgrad aus zuverlässigen Quellen zu veröffentlichen: Dann allerdings sind diese Ondits auch als Gerüchte gekennzeichnet und mit einem deutlichen Fragezeichen versehen. Und mehr als einmal haben wir durch solche an die Öffentlichkeit gebrachten Gerüchte bewirkt, daß daraus keine echten Meldungen wurden: Ein taktisches Verhütungsmittel sozusagen. Uns wäre es beispielsweise auch lieber gewesen, wenn unsere am 20. April gebrachte Aufmacher-Meldung: "Notstandspläne: Demonstrantenkartei für spätere Schutzhaft?" unzutreffend gewesen wäre. Sie war eintypisches Beispiel für ein sogenanntes Gerücht: Ein höherer Beamter der Kriminalpolizei hatte davon gehört und informierte uns. Beweise hatte er für seine Behauptung nicht. Wir schrieben also von einer Information, "die wir nicht nachprüfen können. Die Quelle, aus der die Information stammt, scheint uns eine gewisse Gewähr für ihre Wahrscheinlichkeit zu geben." Die Überschrift versahen wir mit einem Fragezeichen. Einen Monat später hätten wir die gleiche Information ohne Fragezeichen bringen können. Wir erhielten einen Bericht des Verfassungsschutzes über die Tätigkeit des RC und SDS (in der letzten Nummer 40/II dokumentiert), der unverblümt das aussagte, was wir unter Vorbehalt berichtet hatten.

Ähnliche Beispiele gibt es viele; echte "Enten" dagegen watscheln recht einsam, und auch dann oft nur auf einem Bein. In Nummer 61 im Dezember 67 waren wir "aus zuverlässiger Quelle in Ostberlin" unterrichtet worden, daß die neue DDR-Verfassung einem Volksentscheid unterworfen werden soll - und zwar nach zweijähriger öffentlicher Diskussion. Doch der Volksentscheid kam wesentlich früher nach einer hektischen Diskussionskampagne. Grund: Die Ereignisse in der CSSR, zu diesem Zeitpunkt nicht vorherzusehen.

Zuweilen allerdings ist es fast unheimlich, mit welcher Folgerichtigkeit sich auch scheinbar ganz überraschende Ereignisse in der Prognose vorhersagen lassen. Im Februar schrieben wir in einer EXTRA-Meinung über die Pogromhetze in Westberlin: "Dutschke muß stündlich mit offener Lynchjustiz durch diese obrigkeitlich angefeuerten und gedeckten Faschisten rechnen". In diesem Kommentar regten wir die Gründung einer linken Ordnertruppe an. Die bürgerlichen Zeitungen kommentierten das mit "Hysterie auf der Linken"...

Soviel zu Prognosen und "Gerüchten". Vielleicht mußte das einmal gesagt werden, da die Funktion eines solchen Nachrichtendienstes eine ganz andere ist als die einer Zeitung oder die einer normalen Nachrichtenagentur wie dpa. Daher bringen wir auch weitgehend keine Nachrichten, die man ohnehin in der Zeitung liest (selbst wenn es für die APO wichtige Meldungen sind). EXTRA-Dienst versteht sich als zusätzliche Informationsquelle, die Hintergründe liefert, ergänzt, richtigstellt. Wir wissen vielleicht auf manchen Gebieten nicht mehr als andere gutinformierte Journalisten. Der Unterschied ist: Wir schreiben auch, was wir wissen.

So wird sich auch Herr Mattick weiterärgern müssen, wenn bei uns interne Protokolle veröffentlicht werden und das Parteivolk auf diese Weise die Möglichkeit zu demokratischer Kontrolle erhält. Und er wird nicht der einzige sein, der nach lecken Stellen suchen muß. Denn es gibt mehr Demokraten zwischen dem Rathaus Schöneberg und der Springer-Hochburg, als es sich die Schulmeisterei des Establishments träumen läßt. Die Guerillas sind unter ihnen. Deshalb an sie ein Dankeschön an unserem Geburtstag: Wir lassen die Guerillas grüßen!

PERSONALIEN

UDO WÜST, Redakteur der Springer-Zeitschrift "twen", schraubte während der Anti-Springer-Demonstrationen das kaum auffallende Schild mit der Firmenbezeichnung eigenhändig am Eingang der Redaktion in der Münchener Widenmayerstraße 6 ab und parkte seinen Wagen aus Angst, er könne demoliert werden, nicht mehr vor der Redaktion, sondern in Seitenstraßen.

ADOLF ZEITLER, Münchener Zeitschriftenhändler in der Kurfürstenstraße, hängt in seinem Geschäft ein Schild mit der Aufschrift "BILD hier nicht mehr" aus. Zeitler weigert sich, das Blatt weiter zu verkaufen. Grund: "Bild" hatte einen Möbelhausbrand in Gladbeck Studenten in die Schuhe geschoben und diese Falschmeldung nicht berichtigt. Geärgert hatte er sich über "Bild", wie er mitteilte, "schon seit Jahren", aber "jetzt war es aus".

ZITAT DER WOCHE

"Ich finde diesen Staat, in dem ich lebe, nämlich per saldo großartig. Er läßt mich sagen und schreiben, was ich will, und das danke ich ihm, auch wenn er es mir nicht dankt." (Aus: Mathias Walden: "Ostblind-Westblind", 1963; Walden wurde inzwischen gedankt: Aus Anlaß seines 41. Geburtstages erhielt er am letzten Sonnabend das Bundesverdienstkreuz).

HINWEISE DER REDAKTION

DER WESTBERLINER SDS bittet um die kostenlose Überlassung von zwei Büroschreibmaschinen, auch älteren Typs, und um einen verschließbaren Stahlschrank. Spender möchten sich unter Telefon 886 14 49 zwischen 15 und 18.30 Uhr melden.

TEXTE VON MAJAKOWSKI liest Wilhelm Borchert am Freitag, 24. Mai, 20 Uhr, im Audimax der FU. Eintrittskarten können im Vorverkauf erworben werden.

MITTEILUNGEN DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

DIE ORDENTLICHE MITGLIEDERVERSAMMLUNG des RC findet am Samstag, 25. Mai, 15 Uhr im Evangelischen Gemeindehaus an der Thielallee statt. Fahrverbindungen U-Bahnhof Dahlem-Dorf, Bus A 1, A 10. Auf der Tagesordnung stehen u. a. eine Jahresübersicht, der Rechenschaftsbericht des alten und die Wahl des neuen Vorstandes.

SPD-LANDESAUSSCHUSS: KRITIK AM BONNER PARTEIVORSTAND

Aus Anlaß des bevorstehenden SPD-Landesparteitages am Wochenende dokumentiert EXTRA-Dienst heute Auszüge aus den Protokollen von SPD-Landesausschuß-Sitzungen. Nachstehend: Sitzung am 1. April, 15 Uhr, Raum III0 im Schöneberger Rathaus. Auf der Tagesordnung stand eine Aussprache über die Ergebnisse des Bundesparteitages in Nürnberg. EXTRA-Dienst wählte Auszüge, aus denen die Isolierung der Westberliner Parteiorganisation innerhalb der Gesamt-SPD hervorgeht. Der Katzenjammer ist offensichtlich. Die Konzeptionslosigkeit ebenso. Es folgt die Dokumentation in wörtlich wiedergegebenen Passagen:

Edith K r a p p e weist darauf hin, daß seit ca. 2 Jahren in der Bundesrepublik eine Anti-Berlin-Stimmung aufgekommen ist. Das ist jetzt besonders deutlich geworden. Wenn früher Adenauer oder Erhard eine Rede hielten und Berlin nicht nannten, wurde von den Sozialdemokraten heftig protestiert. Heute ist das leider nicht mehr der Fall. Sie warte auf eine Gelegenheit, diese Fragen einmal in der Bundestagsfraktion anzuschneiden. Es ist bezeichnend, daß die Bundesregierung und auch Barzel erklärt haben, die Bundesversammlung solle in Berlin stattfinden, Helmut Schmidt jedoch erklärte, es sei kein Tradition, daß der Bundespräsident in Berlin gewählt wird. Der Berliner Landesparteitag muß Forderungen aufstellen und sich bemerkbar machen. Wir müssen laut auftreten, damit wir nicht in die gleiche Lage wie die Flüchtlinge und Vertriebenen kommen. Bei der jetzigen Entwicklung dürften wir in einigen Jahren die "Störenfriede" sein.

Kurt M a t t i c k verweist auf den Artikel "Was wird aus Berlin" in der März-Ausgabe des "Monat". Wenn auch nicht alles darin stimmt, so ist schon bezeichnend, daß so etwas heute in einer seriösen Zeitschrift geschrieben werden kann.

Kurt Mattick stimmt mit Edith Krappe überein, daß man überlegen muß, wie der Stimmung gegen Berlin entgegengewirkt werden kann. Wenn nichts unternommen wird, so dürfte der Bundestag in diesem Jahr nur noch 2 x in Berlin tagen und nicht, wie in den letzten Jahren 3 x.

Es muß überlegt werden, wie wir gegen alles Negative gegenüber Berlin angehen und wie es möglich ist, Berlin positiv in die Politik einzubeziehen. Es darf nicht vergessen werden, daß mit gutem Willen von der östlichen Seite nicht gerechnet werden kann.

Nachdem feststand, daß die (Untersuchungs- und Feststellungs-) Kommission mit ihrem Bericht fertig wird, hat Kurt Mattick die Zustimmung von Herbert Wehner zu seiner Vorstellung erhalten, die Entscheidung vor dem Nürnberger Parteitag zu fällen. Von Herbert Wehner wurde vorgeschlagen, möglichst ein Verfahren nach § 27 durchzuführen. Das Bemühen, diese Lösung zu finden, ist dann an dem Verhalten von Harry Ristock gescheitert.

Carl-Heinz E v e r s ist der Meinung, daß man es sich zu einfach machen würde, wenn auch nur der Anschein entsteht, als sei nur der Gesamtpartei anzulasten, was die Berliner in Nürnberg erfahren haben. Wir sollten Selbstkritik üben, warum sich unsere Berliner Delegation so wenig hat verständlich machen können.

Im vorigen Sommer ist ein Papier über die Situation der Jugend in dieser Stadt angefertigt worden. Er vermißt, daß die Partei langfristig eine Konzeption entwickelt, wie man der innenpolitischen Probleme dieser Stadt Herr wird. Dabei muß natürlich gesagt werden, daß wir Verständnis für das Bedürfnis der älteren Berliner nach Ruhe haben. Aber wir müssen endlich den konstruktiven Gruppen der Jugendlichen politische Erfolge gönnen, damit uns nicht viele junge Menschen zu den radikalen Gruppen abwandern. Die Partei muß die Kraftanstrengung aufbringen, das "große Gespräch" mit der Bevölkerung zu führen und endlich agieren und nicht immer nur reagieren.

Erich P ä t z o l d: Auch die Menschen in dieser Stadt werden der Studentenprobleme überdrüssig. Es gibt andere und größere Bevölkerungsgruppen, zu denen wir etwas sagen müssen - aber selbstverständlich müssen wir auch mit dem Studentenproblem fertig werden (wenn das vielleicht auch leichter gesagt als getan ist).

Er würde es für richtig halten, wenn sich einige Genossen mit den Fragen beschäftigen, die das durchdenken und auch Zeit haben.

Nicht die Älteren unter denen, die linke Auffassungen vertreten, sondern die neue Generation meint, in dieser Partei eine eigene Partei haben zu müssen und versucht, "umzufunktionieren".

Wolf T u c h e l kritisiert, daß die Berliner in Nürnberg nicht zu den Sachfragen Stellung genommen haben, sondern nur ihre Entscheidung im Verfahren Ristock und Beck nach § 29 verteidigten.

Der Parteitag hat nicht wie früher unter gesamtdeutschen Aspekten gestanden. Nicht einmal im Schlußwort ist der Menschen hinter dem Eisernen Vorhang gedacht worden. Es ist an der Zeit, die Dinge - auch in unserem Verhältnis zur Bundespartei - nüchtern zu betrachten.

Auch unsere Bundestagsfraktion trägt Schuld daran, daß die wesentlichen Probleme nicht ausgepackt wurden und vieles offen geblieben ist.

Klaus Schütz hat die Führungslosigkeit des Parteivorstandes skizziert, indem er darauf hinweist, daß die Mitglieder des PV für ihre eigenen Beschlüsse nicht gekämpft haben.

Dieter S c h w ä b l : Es scheint ihm notwendig, die Umsetzung dessen, was Nürnberg für die Berliner Partei mit sich gebracht hat, vorzunehmen. Es wäre gut, wenn wir nicht nur im eigenen Saft schmoren, sondern wenn wir versuchen, führende Genossen aus der Bundespartei heranzuholen. Einerseits sind wir der Meinung, daß wir bestimmte politische Aspekte aus dieser Stadt - auch aus der Tradition heraus - wieder deutlich machen sollten. Andererseits ist nicht alles, was in Nürnberg gemacht wurde und im Widerspruch zu unserer bisherigen Politik der Stadt steht, falsch.

Margarete B e r g e r - H e i s e weist darauf hin, daß das Mißbehagen an der Politik nicht allein auf Berlin beschränkt ist: Z. Z. stellt sich die SPD tot, wenn es um Fragen geht, die nicht der Entspannung dienen. Das muß eine Stadt wie Berlin bedeutend stärker treffen als jede andere Stadt der Bundesrepublik. Aber die eigene Initiative, die wir entwickeln können, hängt damit zusammen, daß wir nicht nur die Institutionen, sondern nicht genug geeignete Menschen haben.

Sie beschäftigt sich mit Hochschulfragen. Wie würden wir dastehen, wenn sozialdemokratisch regierte Länder die Hochschulreform bereits durchgeführt hätten.

SPD-LANDESAUSSCHUSS: RATLOSIGKEIT VOR DEM ERSTEN MAI

In einer weiteren Dokumentation veröffentlicht EXTRA-Dienst als Materialien zum bevorstehenden SPD-Landesparteitag wörtliche Passagen aus dem Protokoll der gemeinsamen Sitzung von SPD-Landesausschuß und SPD-Fraktionsvorstand am 16. April, 15 Uhr, im Raum 1102 des Schöneberger Rathauses. Zur Debatte standen vor allem die Ereignisse zu Ostern und der bevorstehende 1. Mai. EXTRA-Dienst wählte Ausschnitte, aus denen die Sorge zu lesen ist, daß große Teile der SPD-Mitgliedschaft den als reaktionär erkannten Parolen der SPD-Führung nicht mehr zu folgen bereit sind. Der Grund für dieses Davonlaufen wird von der Führungsspitze wechselweise bei Bischof Scharf, Ex-Bürgermeister Albertz, dem Bundesvorstand, der eigenen Mitgliedschaft oder zu wenigen Fernsehauftreten der eigenen Partei-Oligarchie gesucht. Es folgt die Dokumentation:

Kurt M a t t i c k : Wir sollten folgende Dinge ins Auge fassen: in kürzester Frist eine allgemeine Betriebsfunktionär-Konferenz; eine oder in den 12 Kreisen öffentliche Veranstaltungen machen, auf denen sich die Sozialdemokratische Partei stellt und sich mit der Bevölkerung auseinandersetzt. Da werden wir einiges erleben, aber das muß durchgestanden werden.

Franz E h r k e sieht keine Möglichkeit, eine Landesfunktionärkonferenz und öffentliche Versammlungen durchzuführen, bevor wir nicht in der Partei Ordnung geschaffen haben. Solange wir nicht in der eigenen Partei ins Reine kommen, haben Diskussionen nach aus-

sen keinen Zweck. Auf den Zwischenruf von Alex Voelker bestätigt Franz Ehrke, daß das nicht nur eine Berliner, sondern eine Angelegenheit der Gesamtpartei ist.

Erich P ä t z o l d : Es besteht Anlaß, die Dinge trotz Erregung nüchtern zu betrachten, obwohl wir nicht viel Zeit haben. Er ist bestürzt zu hören, daß die anderen vorhaben, ihre revolutionären Praktiken bis zum 1. Mai durchzuführen. Das Bild in der Bevölkerung kann in wenigen Tagen ganz anders aussehen als im Augenblick, darum muß schnell gehandelt werden. Einige meinen es sicher sehr ernst, wenn sie vom Differenzieren sprechen, wir sollten uns hinsichtlich eines solchen Differenzierungsprozesses aber keine falschen Hoffnungen machen. Was wir am 2. Juni erlebt haben, war schlimm genug. Sehr viele haben ihre Bestürzung über das, was Rudi Dutschke widerfahren ist, ausgesprochen. Aber schließlich hat er sehr vieles von dem, was jetzt geschehen ist, geweckt. Wir müssen auf die Tatsache schauen und nicht die Falschen beschwichtigen.

Wir müssen einen Trennungsstrich zu denen ziehen, die heute mit Macht in die Partei strömen und nicht die Absicht haben, Sozialdemokrat zu werden bzw. sozialdemokratische Politik zu machen, sondern die Unterseeboote spielen und eine Massenbasis anstreben, um uns über kurz oder lang woanders hinzustellen, deren Ziel es ist, den Schlüssel dieser Stadt der anderen Seite auf einem goldenen Tablett zu präsentieren. Was soll dann nach diesem Senat kommen? Amrehn oder Ristock wollen sie auch nicht.

Ferdinand H a n n e m a n n : Was Klaus Schütz am Sonnabend gesagt hat, war eine Aufzeichnung dessen, was bereits in den Zeitungen zu lesen war. Ein politischer Extrakt war aus dieser Zusammenstellung nicht zu sehen, auch nicht aus den Ausführungen von Kurt Neubauer. Wie lange sieht sich die Staatsaufsicht noch an, daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet werden? Was gedenken der Regierende Bürgermeister und der Landesvorstand zu tun?

Klaus S c h ü t z : Der Bischof von Berlin hat eine Rede gehalten, die nicht in das Bild paßt, was sich die Bevölkerung von einem Bischof macht.

Was wir jetzt in Berlin erlebt haben, unterstreiche noch einmal den Eindruck, den wir drüben (in Nürnberg) beleuchten wollten, den Eindruck einer verhältnismäßig kleinen Führungsgruppe, die ihre eigenen, sehr radikalen Ideen auf einer der politischen Demokratie nicht angemessenen Weise versucht durchzusetzen, da sie bei einer freien Wahl max. 1 - 1 1/2 % bekommen würde. Sie versucht sich durchzusetzen, indem sie uns ein Bündel von ca. 2.000 - 10.000 jungen Leuten als Faustpfand auf den Tisch legt und sagt, wenn wir alles schön finden sollen in dieser Stadt, dann müßt ihr uns ein Teil Eurer Macht geben. Sie versuchen ihre Ziele uns gegenüber durchzusetzen, wie es sonst auch keiner anderen Gruppe erlaubt ist. Mit der gleichen Art gehen sie zum Intendanten des SFB und fordern Sendezeit von einer Stunde täglich und sagen, wenn wir die nicht bekommen, müssen sie die gleichen Mittel anwenden wie bei Springer in den letzten Tagen. Damit sind sie in der Lage, alle lahmzulegen.

Wolfgang H a u s sagt, daß er am Sonnabend mit Resignation aus der Sitzung herausgegangen ist und stellt fest, daß keine der wichtigen Zeitungen unsere Entschließung gebracht hat. Daher war unsere Arbeit umsonst. Seit dem 2. Juni 1967 kommen wir regelmäßig zusammen und bestätigen uns, daß die Bevölkerung immer böser und die Studenten immer schlechter werden; immer wieder gibt es Aktionen, die man mit der Polizei regeln muß. Immer wieder stellen wir fest, daß die Jugend irregeleitet ist und letztlich läuft das darauf hinaus, daß wir Zugeständnisse machen müssen. Klaus-Peter Schulz hat am Sonnabend eine treffende Bemerkung gemacht: ein Dutschke erzeugt 10 Hitler. Aber auch die einzelnen Polizeieinsätze können 10 Dutschkes erzeugen.

Kurt Neubauer hat am Sonnabend geschildert, warum bei der Demonstration zum Rathaus ein Exempel statuiert werden mußte. Die Demonstranten sollten merken, daß sie nicht immer machen können, was sie wollen. Der Durchbruch ist aber doch gelungen, und so behalten sie in der Erinnerung, wenn sie wollen, brechen sie auch durch.

Der Auftritt von Albertz auf der gestrigen Kundgebung macht schaudern. Er hat eine eigene Meinung zu Parteiordnungsverfahren und Ausschlüssen. Hier sind die Grenzen überschritten. Viel schlechter ist aber, was der Osten da vielleicht wieder draus machen

kann. Die sind wieder dabei, Scheiben abzuschneiden und haben Geschmack daran gefunden. (Die Kundgebung wurde im Osten Life übertragen). Was ist das für ein Zustand, daß Kiesinger Barzel aus dem Süden zurückholt, aber für die Sozialdemokratische Partei Alfred Nau die Erklärung abgibt, Brandt hätte man holen müssen.

Vielleicht sollte man nach englischem Beispiel die Außerparlamentarische Opposition ins Abgeordnetenhaus hineinnehmen. Vielleicht sollte auch dem Petitionsausschuß größerer Spielraum eingeräumt werden. Der Parlamentarismus wird nur erhalten, wenn er geöffnet wird.

Kurt Neubaer verzichtet darauf, noch einmal einen Bericht über den Polizei-Einsatz zu geben, bittet aber um Verständnis, daß die Dinge in der praktischen Arbeit nicht immer einfach durchzuführen sind. Er ist nicht bereit, sich an einer Diskussion zu beteiligen, die als Ausgangspunkt den Einsatz einzelner Polizeibeamter hat, sondern nur an einer, die der Sozialdemokratischen Partei nützlich sein kann. Werner Stein hat gesagt, daß es uns darauf ankommen muß zu entlarven, was hinter dieser Außerparlamentarischen Opposition steht. Bis jetzt ist das nicht gelungen.

Die gestrigen Ausführungen zur Wirtschaft auf dem Hammerskjöldplatz sind entweder Schwachsinn oder die Politik Hitlers. Was die dort von sich gegeben haben, stimmte hinten und vorn nicht.

Eberhard Hesse gibt zu bedenken, daß wir nicht auf bestimmte Worte hineinfliegen dürfen; 'Außerparlamentarische Opposition' ist ein falscher Begriff. Darunter fielen die Gewerkschaften u. a. Hier handelt es sich aber um eine antidemokratische Gruppe, zu der auch der Republikanische Club, von der Humanistischen Union und der Liga für Menschenrechte abgedeckt, gehört.

Wir sollten uns heute darauf verständigen, Heinrich Albertz wissen zu lassen, daß wir kein Verständnis für sein gestriges Auftreten haben. Wenn Scharf und Albertz als hochgestellte Persönlichkeiten sich auf solch einer Veranstaltung sehen lassen, dann trägt das nicht zur Beruhigung bei. Wir müssen feststellen, daß sich die Kirche als Vermittler zu diesen Gruppen hinstellt, die diesen Staat vernichten wollen; das muß man der Kirche deutlich sagen.

Mit Sorge erfüllt uns der Tatbestand, daß die Presse eine Stellung bezieht, die der Wirklichkeit nicht gerecht wird. Hier müßte mit den Chefredakteuren gesprochen werden. In diesem Zusammenhang muß aber auch gesagt werden, daß sich Franz Barsig hervorragend verhalten hat; auch das sollte man ihm sagen. Heinrich Albertz muß man aber wissen lassen, daß man für sein Verhalten keinerlei Verständnis hat.

Dora Lösche: In Erinnerung an die Weimarer Zeit können wir es nicht hinnehmen, daß die Justiz in diesem Tempo weiterarbeitet und monatelange Untersuchungen anstellt.

Alexander Voelker appelliert, nicht zuviel Zeit darauf zu verwenden, selbstverständliche Dinge zu bestätigen. Für uns sollte Ausgangspunkt sein, daß die Außerparlamentarische Opposition eine einheitliche Politik betreibt und, wie hier bereits gesagt wurde, Sozialdemokraten auf beiden Seiten der Barrikaden stehen.

Mit den führenden Genossen des PV muß eine Erörterung der Schwierigkeiten erfolgen, damit sichergestellt ist, wieweit wir durch die Gesamtpartei abgedeckt sind. Der Osten wünscht die Konfrontation der Außerparlamentarischen Opposition mit uns, um die Position Berlins neuerlich anzukratzen.

Den sich anbahnenden Polarisierungsprozeß in der Arbeitnehmerschaft müssen wir unter Kontrolle behalten, sonst kommen wir in eine schwierige Situation.

Gerhard Heiman: Die jetzt bestehende Gesprächsbereitschaft darf nicht bis zum Exzeß geführt werden. Es darf nicht der Eindruck entstehen, daß die Jugend jetzt Gesprächsbereitschaft vorfindet, nachdem sie Gewalt angewendet hat. Das wäre eine gefährliche Entwicklung.

Wenn Gespräche geführt werden sollen in der Partei, in den Schulen, mit den Arbeitern und der anderen Bevölkerung, dürfen wir uns keine Illusionen machen, wir müssen aber vorher genau wissen, was wir wollen. Wir müssen klarstellen, wie die Arbeit unseres Parlamentarismus weitergeführt werden soll. Dabei darf nicht allgemein nur über Re-

